SPD
Bundesschiedskommission
Entscheidung
1/2021/P

auf Antrag

des **SPD-Ortsvereins** [...], vertreten durch den Vorsitzenden [...],

- Antragsteller und Berufungsgegner -

gegen

[...]

- Antragsgegnerin und Berufungsführerin -

hat die Bundesschiedskommission am 18. August 2021 unter Mitwirkung von

Dr. A. Thorsten Jobs, Vorsitzender,

Heike Werner, stellvertretende Vorsitzende,

Kristin Keßler, weiteres Mitglied,

beschlossen:

Die Berufung der Antragsgegnerin gegen die Entscheidung der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] vom 23. März 2021 wird zurückgewiesen.

Es wird festgestellt, dass die Antragsgegnerin nicht mehr Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist.

Gründe:

I.

Das Berufungsverfahren betrifft einen durch die erstinstanzliche Schiedskommission verhängten Parteiausschluss eines aus der SPD ausgetretenen und später wieder aufgenommenen Mitgliedes wegen gleichzeitiger Tätigkeit für eine mit der SPD konkurrierende kommunale Wählervereinigung.

Der Antragsteller ist der SPD-Ortsverein [...] im [...] Kreisverband [...]. Der Wohnsitz der Antragsgegnerin fällt ins Zuständigkeitsgebiet des Ortsvereins. Die Antragsgegnerin war dort zunächst als SPD Mitglied organisiert.

Die im Jahre 1953 geborene und in [...] wohnhafte Antragsgegnerin ist SPD Mitglied, engagiert sich langjährig in der SPD und ist aktuell auch in der [...] aktiv.

Auf Vorschlag der SPD war sie seit dem Jahre 1984 als Ratsmitglied im Stadtrat von [...]. Auch bei der Stadtratswahl am 25. Mai 2014 kandidierte sie als Bewerberin auf einen Wahlvorschlag der SPD und wurde als Ratsmitglied gewählt. Sie schloss sich mit anderen Ratsmitgliedern in der SPD-Fraktion zusammen und wurde zu deren Fraktionsvorsitzende gewählt. In einer Fraktionssitzung im Januar 2018 haben die Mitglieder der Stadtratsfraktion einstimmig eine andere Person zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Die Antragsgegnerin reagierte auf den - aus ihrer Sicht - erfolgten „Entzug des Fraktionsvorsitzes“ indem sie aus der SPD-Fraktion im Stadtrat austrat. Sie gehörte dem Stadtrat bis zum Ablauf der Wahlperiode als fraktionsloses Mitglied an.

Im Vorfeld der nächsten Kommunalwahl gründete die Antragsgegnerin die nach ihrem Namen benannte „Wählergruppe [...] - Überparteiliche Initiative [...] (ÜPI)“. Ende des Jahres 2018 endete ihre Mitgliedschaft in der SPD durch ihren Austritt aus der Partei.

Die Antragstellerin kandidierte bei der Kommunalwahl am 26. Mai 2019 zusammen mit weiteren Personen, die von der Wählergruppe ÜPI als Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt wurden, für den Stadtrat. Die ÜPI konkurrierte dabei mit der SPD, die ebenfalls Wahlvorschläge für die Wahl des Stadtrats eingereicht hatte. Ausweislich eines von den Antragstellern im Verfahren vorgelegten Ausschnitts aus dem sozialen Netzwerk Facebook veröffentlichte die Antragstellerin im direkten Vorfeld der Kommunalwahl am 30. April 2019 zu ihrem Austritt aus der SPD folgenden Beitrag: „Musste leider für die Wahl austreten, da sonst Ausschlussverfahren, wenn gewählt im September Wiedereintritt ...“.

Bei der Kommunalwahl erreichte die Wählergruppe [...] (ÜPI) einen Stimmenanteil von 3,1 % (vgl. [http://www.\[...\]](http://www.[...])) und die Antragsgegnerin erhielt als einzige von der ÜPI aufgestellte Bewerberin einen Sitz im Stadtrat. Sie gehört dem Stadtrat als fraktionsloses Ratsmitglied an. Die SPD erreichte einen Stimmenanteil von 14,4 % und ist in dem Stadtrat mit einer eigenen Fraktion mit vier Mitgliedern vertreten.

Im Sommer 2019 stellte die Antragsgegnerin beim SPD-Ortsverein [...] einen Antrag auf Aufnahme als Mitglied der SPD. [...] ist eine Stadt im [...]kreis, die unmittelbar nördlich des Stadtgebietes von [...] gelegen ist. Die Antragsgegnerin teilte dem Vorstand des SPD Kreisverbandes [...] mit, dass sie dem Ortsverein [...] angehören möchte. Dieser widersprach dem Wunsch nach dieser Zuordnung nicht. Der Vorstand des Ortsvereins [...] nahm den Mitgliedsantrag der Antragsgegnerin an, sodass sie am 1. August 2019 in die SPD wieder aufgenommen wurde.

Nachdem die Mitglieder des Vorstands des antragstellenden Ortsvereins von der Wiederaufnahme der Antragsgegnerin in die SPD erfahren haben, beantragten sie unter dem 3. Dezember 2019 bei der Schiedskommission des SPD-Kreisverbandes, ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten mit dem Ziel des Ausschlusses der Antragsgegnerin aus der SPD. Zur Begründung führten sie im Wesentlichen an, es liege eine klare Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft der Antragsgegnerin in der Wählergruppe [...] und der SPD vor. Es stelle einen Verstoß gegen das Solidaritätsprinzip der Partei dar, wegen der Unzufriedenheit mit Entscheidungen innerhalb der SPD-Fraktion bei der Neuwahl des Fraktionsvorsitzes die SPD-Fraktion zu verlassen und dann gezielt vor der Kommunalwahl aus der Partei auszutreten, um mit einer konkurrierenden Wählergruppe das SPD-Ergebnis bei der Kommunalwahl zu konterkarieren und dann nach der Wahl in einem benachbarten Ortsverein wieder in die SPD einzutreten.

Die erstinstanzliche Schiedskommission unterbreitete den Beteiligten den Vorschlag, dass die Antragsgegnerin sich bereit erklären solle, als Ratsmitglied wieder in die SPD Stadtratsfraktion einzutreten, und der Antragsteller sich im Gegenzug mit der Wiederaufnahme der Antragsgegnerin in die SPD einverstanden erklären solle. Der Antragsteller erklärte sich damit einverstanden. Die Antragsgegnerin lehnte hingegen diesen Vorschlag für eine gütliche Einigung ab, mit Verweis darauf, dass ihr der Fraktionsvorsitz durch eine geheime Absprache entzogen worden sei.

Die Schiedskommission des Unterbezirks [...] hat mit Entscheidung vom 29. Juni 2020 die Antragsgegnerin aus der SPD ausgeschlossen. Zur Begründung führte sie im Wesentlichen aus, dass die Antragsgegnerin aktives Mitglied der mit der SPD-Fraktion im Stadtrat konkurrierenden Wählervereinigung ÜPI sei und für diese tätig werde, was mit § 6 Abs. 1 Organisationsstatut - OrgStatut - unvereinbar sei. Die Antragsgegnerin müsse sich darüber im Klaren gewesen sein, dass ihre Kandidatur für die ÜPI, die in Konkurrenz zur SPD stehe, alle Brücken zur Partei abbreche und ein weiteres Engagement in einem anderen Ortsverein nicht möglich sei.

Gegen diese Entscheidung hat die Antragsgegnerin Berufung bei der Landesschiedskommission des Landesverbandes [...] eingelegt. Nachdem sich die Beteiligten mit einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren einverstanden erklärt haben, hat die Landesschiedskommission mit der Entscheidung vom 23. März 2021 die Berufung der Antragsgegnerin zurückgewiesen. Zur Begründung führte sie im Wesentlichen aus:

Die Antragsgegnerin habe erheblich sowohl gegen die Statuten als auch im Hinblick auf das Gebot der innerparteilichen Solidarität gegen die Grundsätze der Partei verstoßen.

Einen Verstoß gegen die Statuten der SPD leitete die Landesschiedskommission aus § 6 Abs. 1 a) und b) OrgStatut her. Die Antragsgegnerin habe für die Wählergruppe ÜPI kandidiert und gehöre als über deren Liste gewähltes Mitglied dem Stadtrat an. Sie habe somit für eine konkurrierende Wählervereinigung kandidiert und sei für diese tätig. Um einem Parteiausschlussverfahren zu entgehen, sei sie vor Gründung der

Wählergruppe aus der SPD ausgetreten. Erst nachdem sie über die Liste der Wählergruppe in den Stadtrat eingezogen sei, sei sie ihrer ursprünglichen Absicht entsprechend, wieder in die SPD eingetreten. Bei der ÜPI handele es sich auch um eine Wählervereinigung im Sinne von § 6 Abs. 1 OrgStatut. Es könne nicht angenommen werden, dass unter Mitgliedschaft in einer konkurrierenden Wählervereinigung nur eine solche in einer mitgliedschaftlich organisierten Wählervereinigung gemeint sei. Vielmehr sei nach Sinn und Zweck des Wortlauts der Regelung darauf abzustellen, dass unter Mitgliedschaft jedwede Zugehörigkeit und Unterstützung eines personellen Zusammenschlusses zu verstehen sei, unabhängig von dessen Organisationsstruktur. Die ÜPI stehe auch in Konkurrenz zur SPD.

Des Weiteren führte sie aus, dass die Antragsgegnerin auch gegen die Grundsätze der Partei verstoßen habe. Ein Eintreten und die Tätigkeit für eine gegnerische Liste sei mit den Grundsätzen der Partei unvereinbar. Wer Mitglied einer Partei sei, müsse sich innerhalb der Partei bemühen, die Themen zum Diskussionsgegenstand zu machen, die er für wichtig und richtig hält. Der Austritt aus der SPD, die Gründung und die Kandidatur für eine andere Wählervereinigung und der (geplante) Wiedereintritt in die SPD nach dem Einzug in den Stadtrat über eine konkurrierende Liste und die Wahrnehmung eines Ratsmandats für eine konkurrierende Liste seien kein zulässiges Mittel der innerparteilichen Auseinandersetzung. Dieses Verhalten verstoße grob gegen die Verpflichtung zu solidarischem innerparteilichen Handeln. Die Antragsgegnerin verletze dadurch dauerhaft ihre Loyalitätspflichten gegenüber der SPD. Das Verhalten der Antragsgegnerin habe der SPD schweren Schaden zugefügt.

In Ausübung des ihr zukommenden Ermessens gelangte die Landesschiedskommission zu dem Ergebnis, dass der Parteiausschluss der Antragstellerin zwingend geboten sei. Auch bei Berücksichtigung der großen und langjährigen Verdienste der Antragsgegnerin um die SPD bleibe nur der Parteiausschluss als Sanktion übrig. Wesentlich hierfür sei, dass die Antragsgegnerin nach wie vor einer konkurrierenden Wählervereinigung in dem Stadtrat [...] angehöre und dort agiere.

Die Antragsgegnerin hat am 12. April 2021 gegen die ihr am 3. April 2021 zugestellte zweitinstanzliche Entscheidung Berufung bei der Bundesschiedskommission eingelegt. Mit einem innerhalb der Begründungsfrist am 29. April 2021 bei der Bundesschiedskommission eingereichten Schriftsatz begründete die Antragstellerin die Berufung im Wesentlichen wie folgt:

Der von der erstinstanzlichen Schiedskommission verhängte Parteiausschluss sei rechtswidrig und aufzuheben. Die Sachlage rechtfertige ihren Parteiausschluss nicht. Die Mitgliedschaft in der SPD sei nach § 6 Abs. 1 OrgStatut mit ihrer Kandidatur für die Wählergruppe [...] (ÜPI) und ihre weitere Beteiligung an dieser mit dem errungenen Mandat vereinbar. Wählervereinigungen im Sinne der vorgenannten Norm seien nämlich nur mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppen. Bei der ÜPI handele es sich jedoch um eine nicht mitgliedschaftlich organisierte Gruppe.

Sie sei auch nicht für eine konkurrierende Wählervereinigung tätig, denn die ÜPI habe nur ein Mandat und damit keinen Fraktionsstatus errungen, sodass sie fraktionsloses Ratsmitglied sei.

Ihre Kandidatur für die ÜPI schließe ihren Eintritt und die Mitgliedschaft in der SPD nicht aus. Im Vorfeld der Wahl sei sie aus der SPD ausgetreten und im Wahlkampf habe sie für die Wählergruppe geworben.

Eine Verletzung des Gebotes der innerparteilichen Solidarität sei auch nicht darin begründet, dass sie den Eintritt in die SPD-Fraktion im Stadtrat ablehne.

Die Antragsgegnerin behauptet weiter, dass der ins Verfahren eingeführte Facebook-Eintrag vom 3. April 2019 nicht von ihr stammen würde. Sie sei von Genossinnen und Genossen, die sie langjährig kennen würden, angesprochen worden, ob sie wieder in die SPD eintreten wolle.

Die Verfahrensweise des Antragstellers sei für sie sehr enttäuschend. Es agierten anscheinend frauenfeindliche homophobe „laute Männerbünde“.

Die Antragsgegnerin hat keinen förmlichen Antrag gestellt. Sie beantragt sinngemäß,

die Entscheidungen der Schiedskommission des SPD Unterbezirks [...] vom 29. Juni 2020 und der Landesschiedskommission [...] vom 23. März 2021 zu ändern und festzustellen, dass sich die Antragsgegnerin eines Verstoßes gegen die Parteiordnung nicht schuldig gemacht habe.

Der Antragsteller beantragt sinngemäß,

die Berufung zurückzuweisen.

Er verteidigt die angefochtene Entscheidung der Landesschiedskommission. Die Antragsgegnerin habe wegen ihrer Unzufriedenheit über eine demokratische Neuwahlentscheidung die SPD Stadtratsfraktion verlassen. Sie sei dann im Vorfeld der Kommunalwahl aus der SPD ausgetreten und habe mit der von ihr gegründeten „Wählergruppe [...] ein Stadtratsmandat erhalten und sei dann wieder in die SPD eingetreten. Sie agiere aktuell im Stadtrat mit ihrer Wählergruppe gegen die SPD Stadtratsfraktion und damit gegen ihre eigene Partei. Mit ihren auf den Antragsteller bezogenen, den Sachverhalt im Berufungsverfahren fortentwickelnden Vorwurf von frauenfeindlichen, homophob agierenden Männerbünden steigere die Antragsgegnerin die „Eskalationskaskade“.

Der SPD Ortsverein [...] ist dem Parteiordnungsverfahren gegen ihr Mitglied nicht beigetreten. Auf eine Information der Bundesschiedskommission zu dem Verfahren teilte er mit, dass ihr das Parteiordnungsverfahren gegen die Antragsgegnerin weder inhaltlich noch durch die Verletzung sozialdemokratischer Positionen begründet erscheine. Die Antragsgegnerin sei eine überzeugte Sozialdemokratin.

Wegen der weiteren Einzelheiten und das Vorbringen der Beteiligten wird auf die parteischiedsgerichtlichen Akten der Bundesschiedskommission sowie die beigezogenen Akten der vorinstanzlichen Verfahren Bezug genommen, die vorgelegen haben und Gegenstand der Beratung gewesen sind.

II.

1. Die Bundesschiedskommission konnte entsprechend ihrer ständigen Praxis – beruhend auf einem zu § 27 Abs. 2 Satz 2 Schiedsordnung - SchiedsO - gefassten Grundsatzbeschluss – im schriftlichen Verfahren entscheiden. Der zu beurteilende Sachverhalt ist im Wesentlichen geklärt und die Beteiligten streiten hauptsächlich über dessen parteiordnungsrechtliche Bewertung (vgl. u.a. BSK, Entsch. vom 20. März 2018 - 7/2017/P m.w.N.).

2. Die zulässige Berufung der Antragsgegnerin zur Bundesschiedskommission (vgl. § 26 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 bis 3 i.V.m. § 25 Abs. 2 Satz 1 SchiedsO) hat keinen Erfolg. Die Berufung ist unbegründet.

a. Die rechtliche Grundlage für den erstinstanzlich verhängten Ausschluss der Antragsgegnerin aus der Partei ist § 10 Abs. 4, Abs. 5 Satz 1 PartG und § 35 Abs. 3 Satz 1 OrgStatut.

b. Auch nach Auffassung der Bundesschiedskommission ist die Antragsgegnerin nach § 35 Abs 1 Nr. 1, 2 und Abs. 3 Satz 1 OrgStatut aus der Partei auszuschließen, weil sie erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen hat und die dauerhafte Trennung von dem Parteimitglied zum Schutz des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Partei im örtlichen Bereich erforderlich ist. Die Einschätzung, ob ein bestimmtes Verhalten die Voraussetzungen der vorgenannten Norm erfüllt, ist im Hinblick darauf, dass der Grundsatz der Parteienfreiheit des Art. 21 Abs. 1 GG in personeller Hinsicht auch die Entscheidung über den Ausschluss von Mitgliedern verbürgt, in erster Linie den Parteien und innerhalb derer den nach § 10 Abs. 5 Satz PartG zuständigen Parteischiedsgerichten vorbehalten (vgl. näher BVerfG, Beschluss vom 27. Mai 2020 – 2 BvR 121/14 –, NVwZ-RR 2020, 665, juris Rn. 38-40 zur eingeschränkten Kontrolldichte staatlicher Gerichte).

§ 35 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. Abs. 1 OrgStatut trennen zwischen verschiedenen Tatbeständen, die in einem Parteiordnungsverfahren zum Parteiausschluss führen können. Ein Mitglied kann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es erheblich gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt. Konkretisierend regelt § 35 Abs. 1 S. 2 OrgStatut der SPD das Gebot der innerparteilichen Solidarität als tatbestandlichen Anknüpfungspunkt für Parteiordnungsmaßnahmen. Dieses Gebot bedeutet insbesondere, dass die Mitglieder der SPD sich in politischer Verbundenheit gegenseitig achten, helfen und Rücksicht aufeinander nehmen (BSK, Entsch. vom 15. März 2020 – 4/2019/P m.w.N.). Unter dem Begriff der Ordnung der Partei i.S. § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 OrgStatut fallen alle Grundsätze - gleich ob geschrieben oder ungeschrieben -, die von den Mitgliedern zur Sicherung der Existenz sowie zur Erhaltung der Konkurrenz- und Funktionsfähigkeit der Partei befolgt werden müssen, also z.B. auch das Solidaritäts- und Rücksichtnahmegebot (BGH, Urteil vom 14. März 1994 – II ZR 99/93 –, juris Rn. 25). Dementsprechend umfasst nach der Rechtsprechung der Bundesschiedskommission der Begriff der „Ordnung“ i.S. § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 OrgStatut die Gesamtheit der Regeln, die das Verhalten der Mitglieder zur Erreichung der politischen Ziele der Partei wesentlich bestimmen. Auch ungeschriebene Regeln für ein geordnetes Parteileben werden hierdurch umfasst. Hierzu zählen auch die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden innerparteilichen Solidaritätspflichten gegenüber der Partei (BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 – 1/2020/P -m.w.N.). Jedes Mitglied hat nach § 5 Abs. 1 Satz 1 OrgStatut die Pflicht, die Ziele der sozialdemokratischen Partei zu unterstützen. Bei der Bewertung und Würdigung im hier eingeleiteten Parteiordnungsverfahren - ein Verfahren nach § 6 Abs. 3 OrgStatut i.V.m. § 20 SchiedsO wurde hier nicht eingeleitet -, ob ein Mitglied das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt und seine innerparteilichen Solidaritätspflichten gegenüber der Partei zur Erhaltung der Konkurrenz- und Funktionsfähigkeit verletzt, können auch Unvereinbarkeitstatbestände des § 6 Abs. 1 OrgStatut herangezogen werden.

Gemessen an diesen Grundsätzen hat die Landesschiedskommission das Verhalten der Antragsgegnerin zutreffend erfasst und ist sinngemäß zu der Würdigung und Wertung gelangt, dass sie gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen hat.

Nach der ständigen Rechtsprechung der Bundesschiedskommission (zuletzt Entsch. vom 20. März 2018 - 7/2017/P m.w.N.) ist der Austritt aus einer Fraktion der SPD in einem – auch kommunalen – Parlament als schwerer Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei zu werten; dies gilt insbesondere dann, wenn sich der Betroffene einer bestehenden oder neu gebildeten politischen Gruppierung (Fraktion) anschließt und gleichzeitig in Anspruch nimmt, "die Politik der SPD zu vertreten". Denn ein solcher Schritt ist in aller Regel geeignet, in der Öffentlichkeit das Bild einer völlig zerstrittenen Partei zu begründen oder zu festigen.

Auch wenn das Verhalten der Antragstellerin nicht vollständig der vorgenannten Fallgruppe entspricht, ist es aufgrund der Umstände dieses Falles, aber auch im Hinblick auf die Wertung des § 6 Abs. 1 b) OrgStatut parteiordnungsrechtlich als

Verstoß gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei zu bewerten. Nach § 6 Abs. 1 OrgStatut ist nicht nur die gleichzeitige Mitgliedschaft in einer anderen konkurrierenden politischen Partei oder der Wählervereinigung mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar, sondern auch die Tätigkeit und Kandidatur für eine andere konkurrierende politische Partei oder Wählervereinigung. Die Landesschiedskommission hat die Einzelheiten des Verhaltens der Antragsgegnerin in nicht zu beanstandender Weise gewürdigt und bewertet. Die Antragsgegnerin ist nicht nur Anfang des Jahres 2018 aus der SPD-Fraktion im Stadtrat ausgetreten, sondern sie ist auch derzeit trotz ihrer SPD Mitgliedschaft für eine konkurrierende Wählervereinigung auf kommunaler Ebene im Stadtrat tätig. Die konkurrierende Wählervereinigung ist mit dem Namen „Wählergruppe [...]“ nach dem Namen der Antragsgegnerin benannt. Sie hat auf deren Wahlvorschlag bei der Kommunalwahl kandidiert, sodass das Handeln der Antragsgegnerin in der Öffentlichkeit und im Stadtrat mit dieser Wählervereinigung verbunden wird. Die Landesschiedskommission ist zutreffend zu der Würdigung und Bewertung gelangt, dass die Antragsgegnerin nach wie vor im Stadtrat für die „Wählergruppe [...] (ÜPI)“, die mit der SPD und ihrer Fraktion im Stadtrat konkurriert, tätig ist. Auch der Antragsteller hat im Berufungsverfahren nachvollziehbar ausgeführt, dass die Antragsgegnerin im Stadtrat aktuell für die Wählergruppe agiere. Die Antragsgegnerin hat im Berufungsverfahren erneut betont, dass sie ihren Eintritt in die SPD-Fraktion im Stadtrat ablehne. Sie ist aber der vorgenannten Bewertung der Landesschiedskommission zur fortdauernden Tätigkeit für diese Wählergruppe nicht substantiiert entgegengetreten. Mit ihrer Tätigkeit für die konkurrierende Wählervereinigung im Stadtrat lässt die Antragsgegnerin ihre sich aus der SPD Mitgliedschaft ergebende innerparteilichen Solidaritätspflicht gegenüber der Partei und deren Fraktion im Stadtrat erheblich außer Acht. Das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der SPD in [...] wird dadurch beeinträchtigt, dass im Stadtrat neben und in Konkurrenz zur SPD-Fraktion mit der Antragsgegnerin eine Person tätig wird, welche von der Wählervereinigung „Wählergruppe [...]“ aufgestellt wurde und mittlerweile wieder SPD-Mitglied geworden ist. Die Widersprüchlichkeit des Verhaltens der Antragsgegnerin durch ihr funktionales Tätigwerden im Stadtrat für die nach ihr benannte Wählervereinigung trotz gleichzeitiger SPD-Mitgliedschaft gefährdet das Ansehen und die politische Durchsetzungsfähigkeit der SPD in [...] und ihrer Stadtratsfraktion.

Dass die Antragsgegnerin die aus der SPD Mitgliedschaft ergebende innerparteiliche Solidaritätspflicht gegenüber der Partei außer Acht lässt, wird zudem aus der Vorgeschichte ihrer Tätigkeit für die konkurrierende Wählervereinigung im Stadtrat deutlich. Zutreffend hat die Landesschiedskommission ausgeführt, dass ihr im Jahre 2018 erfolgter Austritt aus der Fraktion der SPD im Stadtrat und der spätere Austritt aus der SPD vor dem Hintergrund erfolgt ist, dass statt der Antragsgegnerin ein anderes Ratsmitglied zum Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Auch wenn diese Entscheidung der Fraktionsmitglieder für die Antragsgegnerin persönlich enttäuschend gewesen sein mag, hätte es dem Gebot der innerparteilichen Solidarität entsprochen, diese demokratische Willensbildung der SPD-Mitglieder der Fraktion hinzunehmen und auch künftig innerhalb der Partei und der Fraktion für die eigene

Person und ihre Positionen zu werben. Die Antragstellerin ist vielmehr aus der SPD ausgetreten und hat mit ihrer „Wählergruppe [...] (ÜPI)“ eine eigene konkurrierende Wählervereinigung gegründet und ist mit dieser bei der Kommunalwahl in Konkurrenz zu den von der SPD aufgestellten Bewerbern angetreten. Der Wiedereintritt in die SPD nach dem Einzug in den Stadtrat auf Vorschlag einer konkurrierenden Wählervereinigung unter Beibehaltung der Tätigkeit für die mit der SPD-Fraktion konkurrierenden Wählergruppe im Stadtrat ist in sich widersprüchlich und verletzt die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden innerparteilichen Solidaritätspflichten gegenüber der Partei erheblich.

Eine andere Bewertung folgt auch nicht aus dem Einwand der Antragsgegnerin, dass die „ÜPI“ eine nicht mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe sei und sie daher nicht für eine konkurrierende Wählervereinigung i.S. § 6 Abs. 1 OrgStatut tätig sei.

Nach § 6 Abs. 1 OrgStatut ist die Tätigkeit und Kandidatur für eine andere konkurrierende politische Partei oder Wählervereinigung mit der Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar. Die Unvereinbarkeitsregelung im Organisationsstatut der Partei knüpft an den Parteienbegriff des § 2 Abs. 1 PartG und den Begriff der Wählervereinigung an, die keine politische Partei ist. Kennzeichnend für Parteien ist insbesondere der Wille zur Einflussnahme auf die politische Willensbildung im Bereich des Bundes oder eines Landes und zur Teilnahme an den jeweiligen Parlamentswahlen. Demgegenüber sind örtlich gebundene Wählervereinigungen in ihrer Tätigkeit auf den örtlichen Bereich beschränkt und nehmen nur an Kommunalwahlen teil. Es handelt sich um Gruppen oder Bewerber, die auf kommunaler Ebene mit politischen Parteien in den Wettbewerb um Wählerstimmen treten (vgl. BVerfG, Beschluss vom 17. April 2008 – 2 BvL 4/05 –, juris Rn. 48 f.; VerfGH NRW, Beschluss vom 27. Juni 2017 – VerfGH 14/16 - BeckRS 2017, 117969 Rn. 21). Eine konkurrierende Wählervereinigung liegt dabei unabhängig von deren Zielsetzungen vor, wenn sie mit der SPD als politische Partei in den Wettbewerb um Wählerstimmen tritt (vgl. BSK, Entsch. vom 9. Dezember 1988 - 9/1988/P -).

Gemessen an den vorgenannten Grundsätzen hat die Landesschiedskommission die „Wählergruppe [...] (ÜPI)“ zutreffend als Wählervereinigung im Sinne von § 6 Abs. 1 b) OrgStatut qualifiziert. Sie ist auf den örtlichen Bereich der Stadt [...] beschränkt und nahm mit ihren Wahlvorschlägen allein auf kommunaler Ebene an der am 26. Mai 2019 stattfindenden Kommunalwahl zum Stadtrat teil. Etwas anderes folgt auch nicht aus der auf § 18 Abs. 1 Kommunalwahlgesetz [...] abstellenden Argumentation der Antragsgegnerin, wonach die „ÜPI“ eine nicht mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe sei. Bei einer solchen Wählergruppe erfolgt die Aufstellung von Bewerbern durch eine Versammlung von ihrem Zeitpunkt ihres Zusammentritts wahlberechtigter Personen des Wahlgebietes, zu der die Wählergruppe des Wahlgebiets öffentlich eingeladen hat. Für den Begriff ‚Wählervereinigung‘ i.S. § 6 Abs. 1 OrgStatut SPD ist es unerheblich, auf welchem Weg die Gruppe zu ihrem Wahlvorschlag gekommen ist und wie sie Bewerberinnen und Bewerber für die Kommunalwahl aufstellt. Entscheidend ist, dass die von der Gruppe aufgestellten Bewerberinnen und Bewerber, wie die Antragstellerin, bei der Wahl auf kommunaler

Ebene mit der SPD in den Wettbewerb um Wählerstimmen tritt und damit mit ihr konkurriert.

Entgegen der Ansicht der Antragsgegnerin kann die parteiordnungsrechtliche Bewertung, dass die Antragsgegnerin für eine konkurrierende Wählervereinigung im Stadtrat tätig wird, nicht durch ihren Einwand entkräftet werden, dass auf Wahlvorschlag der „ÜPI“ bei der Wahl nur ein Mandat erreicht und damit kein Fraktionsstatus errungen wurde, sodass sie fraktionsloses Ratsmitglied sei. Zutreffend hat die Landesschiedskommission nämlich ausgeführt, dass der Umstand, dass die Antragsgegnerin keiner Fraktion im Stadtrat angehört, nicht auf ein willentliches Verhalten der Antragsgegnerin beruhe, sondern allein darauf, dass sie auf einen Wahlvorschlag der „ÜPI“ kandidiert hat und diese lediglich ein Ratsmandat errungen habe, welches nicht zu einem Fraktionsstatus gereicht habe. Dies ist zutreffend, denn nach § 30a Abs. 1 Satz 2 der Gemeindeordnung muss eine Fraktion mindestens aus zwei Mitgliedern bestehen, weshalb die Antragsgegnerin als einziges von der „ÜPI“ vorgeschlagenes und gewähltes Ratsmitglied keine ÜPI-Fraktion im Rat gründen konnte. Hinzu kommt, dass die Antragstellerin von der nach ihrem Namen benannten Wählergruppe [...] Wählervereinigung“ vorgeschlagen wurde, was dazu führt, dass ihre Tätigkeit im Rat in der Öffentlichkeit auch dieser Wählervereinigung zugerechnet wird. Ein Eintritt in die SPD-Fraktion, die diese Zurechnung ihrer Tätigkeit zur konkurrierenden Wählervereinigung unterbrechen würde, hat die Antragsgegnerin im Parteiordnungsverfahren ausdrücklich abgelehnt.

Entgegen dem Vorbringen des Antragstellers ist allerdings die Äußerung der Antragsgegnerin im Berufungsverfahren, dass bei dem antragstellenden Ortsverein eine frauenfeindliche, homophobe „Männerbünde“ agiere, keine parteiordnungsrechtlich relevante Fortentwicklung des Sachverhaltes der i.S. § 13 Abs. 1 SchiedsO, dass zusätzlich zum Nachteil der Antragsgegnerin zu berücksichtigen wäre. Es handelt sich um ein zulässiges Verteidigungsverhalten im hiesigen Parteiordnungsverfahren, das nicht zum Nachteil der Betroffenen berücksichtigt werden darf. Zwar verkennt die Antragstellerin mit ihrem Vorwurf, dass es in dem von dem Antragsteller beantragten Parteiordnungsverfahren um ihre SPD-Mitgliedschaft bei gleichzeitiger Tätigkeit für eine zur SPD konkurrierenden kommunalen Wählervereinigung geht. Dass die Antragsgegnerin sich bei ihrem Verteidigungsverhalten in Form eines Gegenangriffs vorsätzlich und gegebenenfalls wider besseren Wissens gegenüber den Akteuren des Ortsvereins diffamierend geäußert hätte, ist nicht hinreichend feststellbar.

Auch soweit die Antragsgegnerin sich gegen die Ausführungen der Landesschiedskommission zum Vorsatz wendet, führt das nicht zu einem Erfolg ihrer Berufung.

Die Landesschiedskommission hat insofern ausgeführt, dass die Antragsgegnerin gezielt und planvoll versucht habe, die Regelungen des Organisationsstatuts zu umgehen. Aus ihrer Facebook Mitteilung ergebe sich, dass die Antragsgegnerin aus der SPD ausgetreten sei, um wegen der Kandidatur mit ihrer eigenen Liste für die

Kommunalwahl einem Ausschluss aus der SPD zu entgehen. Dabei habe sie von Anfang an beabsichtigt, nach der Kommunalwahl wieder in die SPD einzutreten.

Ob der pauschale und nicht näherbelegte Einwand der Antragsgegnerin, dass der Facebook Eintrag vom 3. April 2019 nicht von ihr stamme glaubhaft ist, bedarf keiner abschließenden Entscheidung. Er ist jedenfalls für den Ausgang des Verfahrens nicht entscheidungserheblich, denn ein Vorsatz ist bei dem hier vorliegenden Fall eines erheblichen Verstoßes gegen die Grundsätze oder Ordnung der Partei nach der Rechtsprechung auch der Bundesschiedskommission nicht erforderlich (vgl. näher KG Berlin, Urteil vom 27. Oktober 2006 – 3 U 47/05 –, juris Rn. 24; BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 - 1/2020/P - m.w.N.).

Da die Antragsgegnerin wie ausgeführt erheblich gegen die Grundsätze und die Ordnung der Partei verstoßen hat, bedarf es keiner Entscheidung der Bundesschiedskommission, ob die selbstständige weitere Begründung der Landesschiedskommission, dass die Antragsgegnerin zusätzlich vorsätzlich gegen die Statuten der SPD i.S. § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 OrgStatut verstoßen hat, auch zutreffend ist. Denn dieser Ausschlussgrund kann hinweggedacht werden, ohne dass sich der Ausgang des Verfahrens im Ergebnis ändern würde.

c. Die Landesschiedskommission hat auch zu Recht angenommen, dass durch das Verhalten der Antragsgegnerin der Partei schwerer Schaden zugefügt wurde. Die Antragsgegnerin hat dies auch im Berufungsverfahren nicht infrage gestellt. Eine Schädigung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der Partei liegt schon darin begründet, dass die Antragsgegnerin als SPD-Mitglied im Stadtrat für eine konkurrierende Wählervereinigung tätig wird. Das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der Partei und ihrer Fraktion im Stadtrat werden durch den Eindruck der Zerstrittenheit und fehlenden inneren Geschlossenheit beeinträchtigt.

d. Die Partei-Schiedsgerichte üben bei Verhängung von Ordnungsmaßnahmen ein Ermessen aus. Sofern das Verhalten eines Mitglieds den Tatbestand des § 10 Abs. 4 PartG bzw. § 35 Abs. 3 Satz 1 OrgStatut erfüllt, „kann“ es ausgeschlossen werden. Dass die erstinstanzliche Schiedskommission und daran anschließend die Landesschiedskommission auf die Ordnungsmaßnahme des Ausschlusses aus der Partei i.S. § 35 Abs. 2 Nr. 4 OrgStatut erkannt hat, ist ermessensfehlerfrei. Zutreffend hat letztere ausgeführt, dass zum Schutz des Ansehens und der Glaubwürdigkeit der SPD die dauerhafte Trennung von der Antragstellerin erforderlich ist. Trotz der langjährigen Verdienste der Antragsgegnerin durch ihre Tätigkeit in der SPD-Fraktion in [...] und ihr aktuelles Engagement in der [...] ist ihr Ausschluss gerechtfertigt, denn die Antragsgegnerin gehört als SPD-Mitglied nach wie vor funktional einer konkurrierenden Wählervereinigung im Stadtrat [...] an und ist für diese aktiv tätig. Den Vorschlag der erstinstanzlichen Schiedskommission als SPD-Mitglied und bislang fraktionsloses Mitglied im Stadtrat wieder der SPD-Fraktion beizutreten, hat die Antragsgegnerin abgelehnt. Dies zeigt, dass sie sich im Stadtrat nicht der SPD, in der

sie Mitglied bleiben möchte, verpflichtet fühlt, sondern der mit der SPD konkurrierenden Wählervereinigung. Dem Ausschluss der Antragsgegnerin aus der SPD steht auch nicht entgegen, dass nach der Stellungnahme des SPD-Ortsvereins [...] die Antragstellerin eine überzeugte Sozialdemokratin sei. Denn der Ausschluss erfolgt hier nicht wegen der von der Antragsgegnerin vertretenen parteipolitischen Inhalte, sondern wegen gleichzeitiger Tätigkeit der Antragsgegnerin für eine mit der SPD konkurrierenden kommunalen Wählervereinigung.

3. Mit Zustellung dieser Entscheidung wird der Parteiausschluss der Antragsgegnerin endgültig wirksam (vgl. zuletzt BSK, Entsch. vom 31. Juli 2020 –1/2020/P-).

(Dr. A. Thorsten Jobs)